

Antrag

Der Abgeordneten Dr. Robby Schlund, Peter Boehringer, Stephan Brandner, Siegbert Droese, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Mariana Harder-Kühnel, Karsten Hilse, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Sofortige Beendigung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite – Ende mit dem Endlos-Lockdown

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Corona-Lage sowie die tägliche epidemische Lage verändern sich stetig. Wie jedes Virus verändert sich auch das Coronavirus SARS-CoV-2. Weltweit sind derzeit hunderte Virusvarianten von SARS-CoV-2 bekannt. Norbert Nowotny, Experte von der Veterinärmedizinischen Universität Wien, sagt dazu: „Dieses Virus besteht aus rund 30.000 Nukleotiden, und alle zwei Wochen verändert sich ein Nukleotid, also ein Buchstabe im Viruserbgut.“¹

Die bisher bekannten Mutationen in Großbritannien, Südafrika oder auch Nigeria verbreiten sich zwar teilweise schneller, sind aber nicht unbedingt tödlicher.² Manche Mutationen haben auch zur Folge, dass das Virus im Laufe der Zeit deutlich abgeschwächt wird.³ Viren sind Überlebenskünstler, welche die Entwicklung unserer Evolution merklich beeinflusst haben und welche immer Teil unseres Lebens sein werden. Deshalb wird auch das Coronavirus SARS-CoV-2 mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht vollständig ausgeschaltet werden können.

Die bisher für die Begründung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite herangezogenen Daten – also der 7-Tage-R-Wert, die 7-Tage-Inzidenz und die COVID-19-bedingte Intensivbettenauslastung – weisen seit Wochen eine stetig sinkende Tendenz auf.

So liegt der 7-Tage-R-Wert seit der zweiten Januarwoche konstant unter 1 (vgl. Täglicher Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) – Stand: 10.02.2021).⁴ Die 7-Tage-Inzidenz liegt bundesweit bei 57 (Stand: 17.02.2021). Die Anzahl gemeldeter intensivmedizinisch behandelter COVID-19-Patienten ist von ihrem Höchststand (5.762 Patienten) Anfang Januar auf mittlerweile 3.736 Patienten (Mitte Februar) gesunken.

Eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit, wie sie § 5 Abs. 1 Satz 4 Infektionsschutzgesetz (IfSG) für die epidemische Lage von nationaler Tragweite voraussetzt, kann anhand der vorgenannten Parameter nicht festgestellt werden.

¹ <https://science.orf.at/stories/3201618/> (zuletzt abgerufen am 12.02.2021).

² <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-mutation-suedafrika-100.html> (zuletzt abgerufen am 12.02.2021).

³ vgl. <https://www.mdr.de/wissen/covid-bald-harmloser-als-grippe-100.html> (zuletzt abgerufen am 12.02.2021).

⁴ https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/feb_2021/2021-02-10-de.pdf?__blob=publicationFile (zuletzt abgerufen am 12.02.2021).

Der Entwurf von „Worst Case“-Szenarien für eine gewünschte Schockwirkung⁵, das Feststellen von allgemeiner Unwissenheit über das Virus⁶ und seiner Varianten und die daraus entstehende Angst bis hin zur Panik können zwar auch eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellen, diese Art der Gefahr ist aber ausweislich der Gesetzesmaterialien nicht vom Infektionsschutzgesetz erfasst.

- II. Der Deutsche Bundestag hebt deshalb die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite nach § 5 Abs. 1 Satz 2 IfSG wieder auf. Sämtliche Grundrechtseingriffe und Ermächtigungen gegenüber dem Bürger, die auf dem Vorliegen einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite beruhen, treten somit wieder außer Kraft.
- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich ein schlüssiges Konzept zu entwickeln und dem Deutschen Bundestag vorzulegen, welches unter Erfassung und Berücksichtigung des Immuni-sierungsgrades der Bevölkerung in Deutschland sowie unter Berücksich-tigung fortschreitender Wirksamkeit von Therapeutika sowie der Aus-wertung von Hygienekonzepten verbindlich darstellt, wie ein erneutes „Herunterfahren“ des öffentlichen Lebens verhindert werden kann.

Berlin, den 19. Februar 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Es besteht die große Gefahr, dass die Corona-Maßnahmen in ihrem weiteren Fortbestehen mehr Opfer fordern als das Virus selbst. Suizide aufgrund der Corona-Zwangmaßnahmen oder gesundheitliche Folgeschäden wegen verschobener Behandlungen oder Operationen bilden dabei nur einen kleinen Teil der Zwangsmaßnahmenfolgen ab.

Es sind vor allem Kinder, für die ihre vertraute Welt eine ganz andere geworden ist. Praktizierende Kinderärzte konnten bereits im letzten Jahr mehrheitlich eine Zunahme seelischer Erkrankungen und Symptome im Rahmen der Corona-Einschränkungen erkennen. Dazu zählen unter anderem Antriebslosigkeit, Reizbarkeit, Stress sowie Angst- bzw. Schlafstörungen und Depressionen⁷ 68 Prozent der befragten Ärzte rechnen mit Corona-bedingten Traumata bei Heranwachsenden.⁸ Soziale Kontakte und der gewohnte alltägliche Rhythmus prägen Kinder und deren Sozialverhalten. Deshalb warnen Ärzte vor einer verlängerten bzw. einer erneuten Schließung von Schulen und Kindertagesstätten. Viele Ärzte empfehlen unter Verweis auf das Recht auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe, den Betrieb von Kindertagesstätten und Schulen unter Auflagen wie Hygienemaßnahmen zuzulassen.

Um bisherige und künftige Kollateralschäden in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Kultur wirksam einzudämmen, braucht es mehr als eine einfache Antwort, die konstant nur aus der Maßnahme „Schließung“ besteht. So sind Gebote statt Verbote und ein professionelles Arbeiten auf den drei Säulen des Pandemiemanagements –

⁵ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article225991449/Corona-Papier-Opposition-fordert-Aufklaerung.html> (zuletzt abgerufen am 12.02.2021).

⁶ <https://www.wa.de/nordrhein-westfalen/lockdown-hendrik-streck-corona-virologe-massnahmen-hygienekonzept-90193097.html> (zuletzt abgerufen am 12.02.2021).

⁷ <https://www.tagesschau.de/inland/coronakrise-kinder-101.html>; <https://www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/coronavirus/seelische-beschwerden-bei-kindern-nehmen-zu-auswirkungen-der-corona-pandemie/> (zuletzt abgerufen am 16.02.2021).

⁸ <https://www.kma-online.de/aktuelles/politik/detail/mediziner-kritisieren-corona-politik-zu-lasten-der-kinder-a-43745> (zuletzt abgerufen am 14.02.2021).

präventiver Schutz der Risikogruppen, Medikation zur Virusexpressionshemmung und freiwillige Impfung mit der Möglichkeit der freien Impfstofftypen-Wahl – angemessenere Mittel als der Endlos-Lockdown. Dabei hat die AfD-Fraktion bereits im Frühjahr 2020 mehrfach gefordert, neben einem gestuften Pandemie-Rastermanagement u. a. auch Maßnahmen einzuführen, die alte Menschen und Personen, die aufgrund von Vorerkrankungen ein höheres Risiko haben, schützen.

Erhebliche psychologische, soziale und wirtschaftliche Schäden hinterlassen die Corona-Zwangmaßnahmen zudem bei zahlreichen Selbstständigen, Soloselbstständigen sowie „kleinen und mittleren Unternehmen“ (KMU), welche die massiven Einschränkungen und Lockdown-Maßnahmen nicht überleben werden. Das staatlich angeordnete Tätigkeitsverbot führt zum Aufbrauchen von Rücklagen und Ersparnissen. Staatlich versprochene Hilfgelder sind nicht abrufbar oder werden zu spät ausgezahlt. Lebenswerke werden zerstört.

Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) betragen die volkswirtschaftlichen Kosten für jede Woche Lockdown rund 3.5 Milliarden Euro.⁹

Die ständige Änderung von Parametern für das Vorliegen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite führt zu einer ernststen Gefahr für unser Wirtschafts-, für unser Sozial-, für unser Bildungs- und für unser Gesundheitssystem. Wie unter Ziffer I festgestellt, rechtfertigen weder der 7-Tage-R-Wert, noch die 7-Tage-Inzidenz oder die Intensivbettenauslastung eine Aufrechterhaltung der epidemischen Lage.

Mediale Panikmache („Dieser Wettlauf [sc. gegen die Coronavirus-Varianten] ist längst verloren. Alles andere entspringt Wunschdenken, genährt von falschen Versprechungen einiger Politiker.“)¹⁰ ist kein guter Ratgeber, um die epidemische Lage mitsamt ihren gravierenden Folgen zu verlängern.

Stattdessen braucht es, wie gefordert, ein schlüssiges Konzept unter Einbeziehung des Immunisierungsgrades der Bevölkerung, unter Berücksichtigung fortschreitender Wirksamkeit von Therapeutika sowie der Auswertung von Hygienekonzepten, um mittel- und langfristig – unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit – die erneute Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite zu verhindern.

⁹ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/iab-jede-woche-corona-lockdown-kostet-3-5-milliarden-euro-17101714.html> (zuletzt abgerufen am 14.02.2021).

¹⁰ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article225777321/Corona-Mutationen-Der-Wettlauf-ist-laengst-verloren-sagt-Melanie-Brinkmann.html> (zuletzt abgerufen am 14.02.2021).